

Zuerst die Interessen und dann die Moral?

Benjamin Herborth und Daniel Jacobi

In nur einem Punkt ist den Verfassern der Tönisteiner Erklärung zuzustimmen: Die öffentliche Auseinandersetzung mit außenpolitischen Themen, von Grundsatz- bis zu Einzelfragen, lässt so deutlich zu wünschen übrig, dass man selbst dann ins Staunen geraten könnte, wenn man sich auf die in der Demokratieforschung festgestellte Umstellung von Volkssouveränität auf Massenloyalität resignativ einlassen wollte.

Der „umgangssprachliche Krieg“ in Afghanistan (Guttenberg) wurde lange genug als robuster Fall von Entwicklungspolitik bagatellisiert. Heute springt er umso deutlicher denjenigen ins Gesicht, die das böse Wort in einem Verständnis von historischer Sensibilität, das falscher nicht sein könnte, gemieden haben wie Wahlkämpfer die inhaltliche Festlegung. Es gibt also gute Gründe zu streiten.

Den Lösungsvorschlag der Tönisteiner durchzieht ein kapitaler Widerspruch zwischen der Forderung nach offener Auseinandersetzung und dogmatischer Abschließung ebendieser Auseinandersetzung mithilfe der altbekannt apodiktischen Floskel des „nationalen Interesses“. An die Stelle einer offenen Konfrontation zwischen Position und Opposition setzen die Verfasser der Erklärung eine dogmatisch eng geführte Problembeschreibung, die als Diskussionsbeitrag nur zulassen kann, was sich auf die voraussetzungsvollen Prämissen nationaler Interessendefinition bereits eingelassen hat. Auf diese Weise sägen sie sich den vermeintlich reflexiven Ast ab, auf dem sie sitzen.

Die Gründe für das mit Recht bemängelte, aber falsch charakterisierte Demokratiedefizit sind vielfältig: Sie liegen bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern ebenso wie bei der Öffentlichkeit selbst, die sich ja nur bilden kann, wenn die Rechtfertigungspflichten der Exekutive aktiv angemahnt werden. Sie liegen aber auch bei Experten und Intellektuellen, bei der meist selbst ernannten außenpolitischen Elite, die sich in Kommentarspalten und auf Streitplätzen bemüht, Argumente für und wider die konkurrierenden Positionen beizubringen.



Benjamin Herborth, M. A.,
geb. 1978, derzeit Fellow
am American Institute for
Contemporary German
Studies, Washington D. C.
herborth@soz.uni-
frankfurt.de

Da dieser Streitplatz wesentlich von akademischen „IB-Enthusiasten“ bespielt werden soll, wollen wir uns auf die letzte Dimension konzentrieren, denn uns scheint, dass die Tönissteiner selbst Teil des Problems sind, das sie zu beschreiben versuchen. Welche blinden Flecken ergeben sich aus dem Reflexivitätsdefizit der Tönissteiner? Worin liegen die Vorteile seiner Überwindung?

Die Logik der Macht und die Macht der Logik

Aus dem Blickwinkel dieser Fragen müssen die Fehlschlüsse der Tönissteiner überraschen. Denn das Autorenkollektiv baut nicht auf theoretisch fundierte Argumente, sondern auf einen logischen Absolutismus, der gesellschaftstheoretisch wie normativ in die Sackgasse führt. Mit der präreflexiven Nebelkerze der „deutschen Interessen“ in der Hand handeln die Tönissteiner so jeglicher außenpolitischen Praxis drei auch demokratietheoretisch bedenkliche blinde Flecken ein:

Erstens die fehlende, aber grundlegend wichtige Unterscheidung zwischen Zielen, die lediglich einen selbst und solchen, die auch andere Akteure involvieren. Ohne diese Unterscheidung lassen sich *die Anderen* nur noch als Mittel zum Zweck in *Bargaining*-Prozessen denken. Zweitens übersieht die avisierte „Entscheidungsmatrix“ den grundlegenden Unterschied zwischen Optimierungsproblemen, die sich eindeutig kalkulieren lassen, und politischen Streitfragen, in denen die Kalkulationsmaßstäbe selbst hinsichtlich ihrer praktischen Folgen und normativen Bindungen umstritten sind. Drittens folgt aus der methodischen Fixierung auf Optimalitätskalküle praktisch folgenreich die Einebnung gesellschaftlicher Pluralität. Der Rahmen nationaler Interessen, innerhalb dessen gestritten werden soll, wird zum unhintergehbaren Ausgangs- und Fluchtpunkt außenpolitischer Entscheidung, der selbst nicht mehr kritisierbar ist. Die „deutschen Interessen“ werden zum Ziel ihrer selbst.

Folglich stimmt nicht erst die Unterbestimmtheit der „deutschen Interessen“ nachdenklich, sondern vielmehr die Logik, der auch dieser Begriff aufsitzt. Denn diese ist eine „Logik des Absoluten“¹, die, sobald sie einmal ihre Ursprungsprämissen gesetzt hat, deren Entstehungsbedingungen, Grenzen



Daniel Jacobi, M. A.,
geb. 1975, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Goethe Universität Frankfurt.
jacobi@soz.uni-frankfurt.de

1 Dux, Günter: Historisch-Genetische Theorie der Kultur. Weilerswist, Velbrück 2000, S. 115-148.

und Überwindungschancen nicht mehr beobachten kann. Logische Absolutisten sehen nicht, was sie nicht sehen, so wie die Tönissteiner nicht sehen, was sie nicht sehen, wenn sie das nationale Interesse als vermeintlich selbstverständlichen Ursprung außenpolitischer Handelns bestimmen.

Auf diese Weise wird es dann auch möglich, Interessen und Moral in einen künstlichen Gegensatz zu bringen, aus dem normative Fragen als realpolitischen nachgeordnet erscheinen. Moral wäre dann ein Luxus, den man sich im harten Alltagsgeschäft außenpolitischer Interessenskalkulation kaum leisten könnte. Worüber streiten wir aber, wenn nicht darüber, welche Außenpolitik sein soll? Wer das komplexe Geflecht von Macht, Interessen und Moral nicht mitdenkt, stellt sich allzu leicht in den Dienst der Macht. Denn nur wer die größere Definitivonsmacht hat, hat auch recht. Wer sie nicht hat, weiß, dass er Macht braucht, um im Recht sein.

Konturen einer reflexiven Außenpolitikdebatte

Der Luxus, selbst nicht in Entscheidungsverantwortung zu stehen, versetzt Experten, Intellektuelle und Wissenschaftler gleichermaßen in die Lage, praxisentlastet, kontrafaktisch und gedankenexperimentell alternative Möglichkeiten zu sondieren. Die Tönissteiner bemühen ebenfalls ein scheinbar Pluralität und insbesondere nationalökonomischem Fortschritt zugewandtes Vokabular. Die Ursprungslogik des nationalen Interesses drängt sie jedoch in einen mit realpolitischer Attitüde geführten „Krieg ohne Pulver und Dampf“, der lediglich in leerem Pathos und expertokratischer Anmaßung enden kann.

Wer an einer offenen und demokratischen Auseinandersetzung über außenpolitische Fragen ernsthaft interessiert ist, braucht zunächst einen demokratischen Begriff von Politik, der in der Lage ist, grundlegend konkurrierende Auffassungen überhaupt zuzulassen. Ein demokratischer Begriff von Politik muss sich nicht nur die Beschwörung nationaler Interessen versagen, die nur die Frage vermeidet, ob und wie Nationen überhaupt Interessen haben können. Er muss auch in der Lage sein, die Rolle von Experten und ihren Interventionen innerhalb einer zum Beispiel außenpolitischen Debatte so zu bestimmen, dass

nicht am Ende die Experten qua Expertise bestimmen, wie der demokratische Souverän über sich selbst zu bestimmen hat. Erst dann wird es möglich, Expertise als *ein* gewichtiges reflexives Element kreativer Demokratie zu begreifen. Sie kann dabei helfen, sowohl (außen-)politischen Institutionen als auch der Öffentlichkeit Möglichkeitshorizonte aufzuzeigen, unter denen weltpolitischer Kontingenz fruchtbar und auf eine gegenüber allen Betroffenen vertretbare Weise begegnet werden kann. Und sie kann all das besonders erfolgreich tun, wenn sie sich selbst gelegentlich daran erinnert, dass bereits in der Rolle des Experten die Gefahr unreflektierter Praxisbevormundung angelegt ist.

Die Schwierigkeit für demokratisch reflexive Experten liegt darin, dass sie sich im Lichte öffentlicher Nachfragen nach Weltdeutern, Sinnstiftern und Autoritäten sonstiger Art wenn auch nicht selbst dementieren, so doch ironisieren müssen. Denn ihre Funktion als Katalysatoren offener Prozesse demokratischer Selbstbestimmung können sie nur dort wahrnehmen, wo sie deutlich machen, dass ihre Stimme letztlich auch nicht mehr zählt als jede andere. Durchsetzen können sich Experten nur im Medium der Argumentation. Unterhalb dieser Mindestanforderungen ist eine Stärkung außenpolitischer Öffentlichkeit nicht zu haben.

Anstatt rhetorisch die Hacken zusammenzuschlagen und sich in vorauseilendem Gehorsam derjenigen Systemrationalität anzupassen, die man wesentlich selbst in die Welt gesetzt hat, könnte es helfen, auch dort, wo es um praktische Fragen geht, Entwicklung und aktuellen Stand der theoretischen Diskussion nicht völlig aus den Augen zu verlieren. Dort wird der Begriff des nationalen Interesses seit Langem nicht mehr als selbstverständliche Grundlage außenpolitischen Handelns, sondern vielmehr unter dem Aspekt der performativen Folgen seiner Verwendung diskutiert². Man darf sich also nicht wundern, wenn man empirisch Eliten in genau den Hinterzimmern findet, in die man sie vorher selbst theoretisch eingesperrt hat. 🌐

2 Vgl. Guzzini, Stefano: The Enduring Dilemmas of Realism in International Relations. In: European Journal of International Relations 10 (4), 2004, S. 533–568.